

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den gew. Abg. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei Ausgabe 2 Mk. im Voraus, bei Bestellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. 50 Pf. Halbjahrspreis 15 Mk. 50 Pf. Vierteljahrspreis 8 Mk. 50 Pf. Einzelhefte 20 Pf. Das „Wilsdruffer Tageblatt“ enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weitzschen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Rostau.

Bezugspreis: die halbjährliche Ausgabe 20 Mark, die 4 quartalsweise Teile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Mark, die 3 quartalsweise Ausgaben im vierteljährlichen Teil 100 Mark. Nachzahlungspreis 20 Mark. Bezugspreis: 100 Mark. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Nr. 282. — 85. Jahrgang.

Telegr.-Abz.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach Dresden 2640

Freitag, den 3. Dezember 1926

Krupp in Nöten.

Einen Reichskredit von 20 Millionen Mark hatte die Firma Krupp beantragt, um ihr berühmtes Gußstahlwerk Essen in Betrieb halten zu können, um nicht gezwungen zu werden, die dort beschäftigten rund 20 000 Arbeiter teilweise oder ganz zu entlassen, also das Werk stillzulegen. Das Ersuchen der Firma ist aber bei der Reichsregierung nicht auf Gegenliebe gestoßen, sondern man hat es aus grundsätzlichen Erwägungen heraus abgelehnt, den gewünschten Kredit herzugeben. Die Stadt Essen soll einspringen, um durch Zuschüsse die Weiterführung des Betriebes zu ermöglichen.

Die Firma Krupp — sie bedeutet ein großes, geniales Kapitel in der deutschen Wirtschaftsgeschichte. Es stang wie Kanonengebüll in diesem Namen, im Namen des „Kanonenkönigs“, des Verfertigers der Panzerplatten und der riesenhaftesten Geschütze. Und doch beschäftigte Krupp vor dem Kriege nur den zwanzigsten Teil seines Maschinenbetriebes mit der Herstellung von Kriegsmaterial, obwohl er nicht etwa nur an Deutschland lieferte. War doch der alte Alfred Krupp vor allem bekanntgeworden durch die Auslieferung seines riesigen 5000 Kilogramm schweren Geschützbaus auf der Pariser Weltausstellung.

Die Nachkriegszeit schlug nun dieser Firma, deren Ruf über die ganze Welt hin gedrungen war, tiefe Wunden. Auf sie vor allem stützen sich die Kontrollkommissionen und stehen ihren Fortschrittsabsichten hemmungslos die Fügel schießen. Immer und immer wieder kamen neue Kommissionen mit neuen Forderungen. Auf rund 100 Millionen Goldmark beziffert die Firma die Verluste, die sie dadurch erlitten hat. Der Ruhrstreik der Franzosen legte das Werk für ein halbes Jahr ganz still und noch im vergangenen Jahr erfolgten weitere Fortschrittsabsichten auf englisches Verlangen. War doch Krupp die einzige Firma in Europa, die imstande war, nachlose Kessel für Industriezweige in allergrößtem Maßstab herzustellen, nur die englische Firma Armstrong vermochte hierin zu konkurrieren.

Dabei hatte sich die Firma Krupp gründlich auf Friedensproduktion umgestellt, sah sie sich doch belauert von tausend Augen. Aber in der Firma Krupp wollte die Entente mehr zerschmettern als bloß eine, wenn auch große deutsche Fabrik oder einen gefährlichen Wettbewerber. Ein Zeichen früherer deutscher Macht galt es zu zerstören — und das gelang schließlich auch. Während des Krieges beschäftigte das Gußstahlwerk, aus der Kern der Firma, nicht weniger als 130 000 Arbeiter; jetzt sind es kaum noch 20 000. Einen großen Teil des Bestandes von Kohlengruben, Hüttenwerken, Werken und Maschinenfabriken, die stille, zähe Arbeit dem Hauptwert angegliedert hatte oder die ganz neu aufgebaut wurden, hat man abstoßen müssen, weil sie mit starken Verlusten arbeiteten. Hatte man früher mit äußerster Sorgfalt darüber gewacht, daß die Aktien der Firma bis auf einen ganz verschwindenden Teil im Besitz der Familie Krupp blieben, so hat man schon längst durch Ausgabe neuer Aktien die Unterstützung der Börse und der Banken suchen müssen. Die Kapitalzusammenlegung bei Aufstellung der Goldbilanz ergab, daß von den 150 Millionen der Vorkriegszeit in den Jahren nach dem Zusammenbruch rund zwei Drittel durch die Inflation ausgezehrt wurden, daß der ganze Betrieb ungeheuer an Wert verlor, weil das Geld fehlte, ihn modern umzugestalten. Schwer belastet ist die Firma aber außerdem durch die Kosten des gewaltigen sozialpolitischen Unterhaltungswerkes, das sie seit vielen Jahrzehnten auf- und ausbaute; sie besitzt allein die Pensionssummen, die sie an ihre früheren Arbeiter und Angestellten zahlte, auf 10 Millionen. Um ihres Namens willen ist sie nicht in den Rheinmontantrust eingetreten, ein Entschluß, der aber wohl jetzt an der Härte der Widerstände scheitern wird, ein übrigens auch verständlicher Entschluß, weil bei einem Ausgehen in den Trust große Teile der Erzeugung im Interesse weitgehender Betriebszusammenlegung aufgegeben werden müßten. Und das wollte man nicht.

Hoffen wir, daß die Firma doch noch einen Weg findet, nicht bloß den Betrieb, sondern auch den Namen Krupp dem deutschen Wirtschaftsleben zu erhalten.

Die Rückgabe des deutschen Eigentums.

Besprechungen im Weißen Hause.

„Associated Press“ meldet aus Washington: In einer Konferenz im Weißen Hause empfahl Senator Borah dem Präsidenten Coolidge die sofortige Rückgabe des deutschen Eigentums. Nach seinem Besuch im Weißen Hause erklärte Borah: Wenn das fremde Eigentum nicht ohne Einschränkung zurückgegeben wird, so wird die Regierung der Vereinigten Staaten das Obium an sich nehmen müssen, Privateigentum zu konfiszieren und den Grundsatz, auf dem eine Regierung beruht, zu verletzen.

Einer Funkmeldung aus Washington zufolge stellt bei einem Besuch im Weißen Hause der Sprecher des Repräsentantenhauses, Longworth, eine schnelle Entscheidung der Vorlage über die Rückgabe des beschlagnahmten deutschen Eigentums in Amerika in Aussicht. Nach seinen Äußerungen steht er der Möglichkeit vorliegen, daß die Frage Beibehalten bereits erledigt ist.

Kein positives Ergebnis der Pariser Verhandlungen

Die Frage der Abberufung der Militärkontrollkommission.

Eigener Fernsprechkabelfest des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Paris, 3. Dezember. Die Ankunft des englischen Außenministers Chamberlain und Jaleski verlegte den Schwerpunkt der internationalen Politik für zwei Tage nach Paris. Es steht fest, daß Briand mit Chamberlain und Jaleski besonders verhandeln wird. Ein Programm für diese Unterhaltungen ist nicht aufgestellt, aber es liegt auf der Hand, daß sie den Auftakt zu der Konferenz in Genf bilden und sich auf die Hauptprobleme beziehen, die dort zur Diskussion stehen. Auch die letzten Ereignisse in China werden in der Aussprache der Staatsmänner berührt werden. Die Hoffnung, die bis in den letzten Tage hinein in Pariser deutschen Kreisen bestand, daß es doch noch gelingen werde, bis zur Dezembertagung in Genf die Frage der Abberufung der Militärkontrollkommission zu regeln, hat sich nun endgültig zerschlagen. Dagegen glaubt man, daß sich in den noch ausstehenden vier Tagen ein Heberbild gewinnen lassen werde, wie weit man noch von der endgültigen Regelung entfernt sei. Also kein positives Ergebnis der Pariser Verhandlungen, aber immerhin eine Basis, auf der sich in Genf die Diskussion der Staatsmänner fortsetzen ließe. Viel beachtet wird in französischen Kreisen das Halbdunkel, das von Berlin aus über die Genfer Reiseabsichten Stresemanns gebrütet wird. Man vermutet, daß die Reichsregierung endgültige Beschlüsse über die Vertretung Deutschlands im Völkerbund erst dann fassen wird, wenn auch eine Entscheidung von Seiten Russlands über seine Teilnahme an den Besprechungen zu Vieren vorliegt.

Die deutsche Delegation für die Ratstagung.

Tschitscherin bei Stresemann.

Die deutsche Delegation für die Genfer Ratstagung wird am Freitag mit Dr. Stresemann an der Spitze Berlin verlassen. Der Delegation gehören unter dem Reichsaußenminister an: Staatssekretär von Schubert, Ministerialdirektor Gaus, Legationsrat von Bülow, Gesandtschaftsrat Dr. Bolke und als Vertreter der Reichspressestelle Legationsrat Dr. von Iwardowski. Die Reise erfolgt im fahrplanmäßigen D-Zuge, an den zwei Sonderwagen angehängt werden.

Zu Ehren des in Berlin anwesenden Vorkommisars für auswärtige Angelegenheiten, Tschitscherin, hat bei Dr. Stresemann ein Frühstück stattgefunden, an dem auch Reichsstaatsrat Dr. Marz teilgenommen hat. Vorausgegangen ist eine längere Unterhaltung zwischen dem Reichsaußenminister und dem russischen Vorkommisars, in der die zwischen Deutschland und Rußland schwebenden Fragen behandelt worden sind. In Paris fand eine Vorbesprechung zwischen Briand und Chamberlain statt, die der kommenden Ratstagung galt. Auch der polnische Außenminister Jaleski wird in Paris zu einer Vorbesprechung erwartet. Die Weltbühnen der Pariser Blätter über den Umfang des bereits erreichten Einverständnisses zwischen Chamberlain und Briand widersprechen einander. Es hat den Anschein, daß jetzt in Paris oder gar erst in Genf die gemeinsame Formel gefunden werden soll für die Verhandlungen mit Deutschland.

Eine polnische Protestnote.

Nachspiel zu den obererschlesischen Wahlen

Der polnische Gesandte in Berlin hat eine Note überreicht, die einen Protest der polnischen Regierung gegen die Erklärung enthält, die am 23. November dieses Jahres in der Angelegenheit der letzten Gemeinderatswahlen auf dem Gebiete der schlesischen Woiwodschaft im Namen der Regierungsparteien im Deutschen Reichstag vom Abgeordneten Emminger abgegeben worden ist. Die Note stellt fest, daß diese Deklaration von Seiten der genannten Parteien eine Kritik der Wahlen sowie des Vorgehens der polnischen Behörden gegenüber Bürgern der Polnischen Republik enthält. Weiterhin stellt die Note fest, daß diese Erklärung sich mit dem Verhältnis der polnischen Regierung zu der deutschen Minderheit in Polen befaßt und daß sie eine Wendung enthält, worin die genannten Parteien gegenüber den Wählern, die für die deutsche Liste gestimmt haben, ihren Dank aussprechen. Die Note weist darauf hin, daß diese Kundgebung in Anwesenheit der Vertreter der Reichsregierung stattgefunden hat. Sie betrachtet sie als Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines fremden Staates, was den internationalen Gepflogenheiten zuwiderläuft und in der öffentlichen Meinung beider Länder unerwünschte Wirkungen hervorrufen muß, die geeignet sind, den gegenseitigen Beziehungen Abbruch zu tun.

Der Protest der polnischen Regierung ist, so wird von deutscher Seite erklärt, insofern nicht ganz verständlich, als es sich um eine Erklärung politischer Parteien handelt, auf deren Form und Inhalt die Regierung keinen Einfluß hat. Den Parteien als solchen wird man nach der materiellen Seite hin das Recht nicht bestreiten können, zu dem Ergebnis einer Wahl in einem zentralen deutschen Gebietsstiel Stellung zu nehmen, das die Verbundenheit dieses Gebietes mit der deutschen Kulturgemeinschaft zum Ausdruck bringt, und in diesem Sinne die Sicherung der Erhaltung dieser Gemeinschaft zu fordern.

Die Revision der Rheinlandordnungen.

Bevorstehende Verhandlungen.

Die Vorberatungen über die von der Rheinlandkommission zugesagte Revision der Rheinlandordnungen sind nunmehr beendet. In den nächsten Tagen werden die offiziellen Verhandlungen zwischen dem Reichskommissar und der Rheinlandkommission beginnen.

In unterrichteten deutschen Kreisen ist man der Ansicht, daß der von der Rheinlandkommission aufgestellte Entwurf den berechtigten Erwartungen Deutschlands keineswegs Rechnung trägt. In dem neuen Entwurf sind alle die Bestimmungen der Rheinlandkommission enthalten, deren Beseitigung oder Milderung im Interesse der Bevölkerung des besetzten rheinischen Gebietes deutscherseits immer wieder verlangt worden ist, wobei nur äußerlich eine Zusammenziehung der bisherigen mehr als 300 Ordnungen in ungefähr 8 erfolgt ist. Es muß betont werden, daß nach dem neuen Entwurf sich die Rheinlandkommission auch weiterhin das Aufsichtswesen, das Recht der Beschränkung der Presse- und Vereinsfreiheit, das Besatzungsrecht für die im besetzten Gebiet wirkenden deutschen Beamten sowie die Gerichtsbarkeit der alliierten Militärgerichte vorbehalten.

Man wird deutscherseits bei den bevorstehenden Verhandlungen sehr deutlich unterstreichen müssen, daß auch die Rheinlandkommission sich an die von den alliierten Regierungen verfolgten Bestrebungen, zu einer durch die Etappen Locarno und Thoiry eingeleiteten Verständigung zu gelangen, richten sollte, und daß man vor allem im Interesse der Bevölkerung des besetzten rheinischen Gebietes die Auswirkungen dieses Verständigungswillens bei der Neuordnung der Rheinlandordnungen vorberichten müsse.

Die Zusammenkunft Stresemann—Mussolini am Lago maggiore.

Eigener Fernsprechkabelfest des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Rom, 2. Dezember. Wie der Vertreter der Telegraphen-Anien erfährt, wird in italienischen politischen Kreisen das Bestimmteste damit gerechnet, daß anlässlich der Genfer Tagung eine Zusammenkunft zwischen dem deutschen Außenminister Dr. Stresemann und dem italienischen Ministerpräsidenten Mussolini am einem italienischen See, wahrscheinlich am Lago maggiore erfolgen wird. Die Vorbesprechungen über diese Unterredung sollen bereits insoweit zur Klärung geführt haben, als die Zusammenkunft an sich festgesetzt ist, noch nicht aber die näheren Einzelheiten der Besprechung. Wie weiter mitgeteilt wird, ist damit zu rechnen, daß bei dieser Zusammenkunft der deutsch-italienische Schiedsgerichtsvertrag soweit gefördert ist, daß auch seine Unterzeichnung erfolgen kann.

Vandervelde wünscht Teilnahme an den Vorbesprechungen.

Eigener Fernsprechkabelfest des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Brüssel, 2. Dezember. Vandervelde wird Samstag nach Genf abreisen. Auf der Durchreise soll in Paris eine Vorbesprechung mit Briand stattfinden. Vandervelde wünscht an der Zusammenkunft zwischen Chamberlain—Stresemann und Briand teilzunehmen.

Die letzten Betriebsratswahlen im obererschlesischen Bergbaurevier hatten bereits einen starken Rückgang der polnischen Stimmen gebracht.

Bei den vor einigen Tagen abgehaltenen Betriebsratswahlen auf der Hohenzollern-Grube verlor die Polnische Berufsvereinigung nicht weniger als vier Mandate, die nämlich der Deutsche Bergarbeiterverband gewann. Die Mandate verteilen sich jetzt wie folgt: Deutscher Bergarbeiterverband 11 Sitze, Polnische Berufsvereinigung 4 Sitze (gegenüber 8 Sitzen), Christliche Gewerkschaften 2 Sitze.